

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XVIII/169

Bonn, den 6. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	"Baevekes" sind keine Wächter der Demokratie ----- Bemerkungen zu einem aktuellen Thema Von Heinrich G. Ritzel, MdB	54
3	Wieder "Berliner Luft" ----- Das reinigende Gewitter	56
4 - 5	Von der Wirklichkeit widerlegt ----- Dr. Jaegers Anglabild stirbt nicht	64
5	Südtiro ----- Gewinnen die Extremisten die Oberhand?	25
6	In der Zwickmühle ----- Lange Dauer der finnischen Regierungskrise Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Raster	49

Chefredakteur Günter Markscheffel

"Saovakes" sind keine Wächter der Demokratie

Bemerkungen zu einem aktuellen Thema

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

- Im Rahmen der Dreiteilung der Gewalten - Gesetzgebung - Regierung - Rechtspflege - obliegt dem Parlament und dem ihren Gewissen verantwortlichen einzelnen Abgeordneten die Verpflichtung, die Regierung als Träger der vollziehenden Gewalt nicht nur in Bezug auf die Beachtung der verfassungsmäßigen Grundsätze, sondern auch in Bezug auf die Regierungspraxis dahin zu überwachen, daß für die Ausführung der von Deutschen Bundestag beschlossener Gesetze und für die Überwachung verfassungseindlicher Strömungen Träger der vollziehenden Gewalt tätig sind, die die selbstverständlichen Voraussetzungen erfüllen, die der demokratische Staat an seine Funktionäre stellen muß. Auf Grund der von mir im Frühjahr dieses Jahres an den Bundesinnenminister gerichteten Frage in Bezug auf die Zuverlässigkeit von Angehörigen des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird der Innenminister jetzt antworten.

Prüfung notwendig...

Die Bundesrepublik lebt im fünfzehnten Jahr ihres Bestehens. Gewisse Ereignisse der Vergangenheit zwingen dazu, das Wächteramt des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten zur Sicherung der Demokratie etwas ernster zu nehmen als es bisher geschah. Der Zusammenbruch des Dritten Reiches gleicht, wenn man das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beachtet, einem Umbruch der Zeiten. Die Verpflichtung im Dienste eines autoritären, auf Gewalt aufgebauten und von der Gewalt lebenden Staates unterscheidet sich wie Tag und Nacht von dem Dienst im demokratischen Staat. Niemand kann derjenige, der Vertrauensträger der Diktatur war, auch Vertrauensträger der Demokratie sein. Irgendwo liegt, wenn das zum Schein doch geschieht, ein Bruch, der zur Nachprüfung auffordert:

- * Wenn die Demokratie, wie es selbstverständlich ist, sich
- * vor Gefahren schützt, kann sie nur Demokraten als Wächter
- * und Verfassungsschützer gebrauchen. Vertrauensträger des
- * Dritten Reiches, die SS- und SD-Angehörige waren, sollten
- * ihr Brot anderswo verdienen, als ausgerechnet in der Funk-
- * tion des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes.

... über keine "Hexenverfolgung"

Das Kontrollrecht des Parlaments gegenüber der Exekutive, die als Träger der vollziehenden Gewalt die vom Parlament beschlossener Gesetze auszuführen hat, muß sich auch auf die Personalpolitik der Regierung erstrecken, um zu verhindern, daß trojanische Pferde den demokratischen Staat und dessen Vertrauensträger gefährden. Es handelt sich bei der notwendigen Ausschaltung von Angehörigen der früheren SS und des Sicherheitsdienstes Heinrich Himmlers nicht um eine "Hexenverfolgung", sondern um einen einfachen Akt der Selbsterhaltung der Demokratie.

Wenn es sich um Personen mit wohlverdienenen Beamtenrechten handelt, die jung genug sind, um einen Anspruch auf aktive Verwendung erleben zu können, gibt es im Bundesdienst Stellen genug, die diesen Personenkreis nicht ausgerechnet zum Wächter der Demokratie machen.

Wer übernahm alte Gestapobeamte in den Bundesdienst ?

Die Denkschrift des Bundesinnenministers wird Veranlassung geben, festzustellen, auf welchem Wege solche Personen in den Dienst des Verfassungsschutzes und der Bundeskriminalpolizei berufen worden sind. Hier ist noch nicht einmal jene Ausrede möglich, die für die Verwendung einzelner Kräfte im Rahmen der früheren Organisation Gehlen, des heutigen Bundesnachrichtendienstes, schon verwendet wurde. Dort wies man darauf hin, daß die Organisation Gehlen von Amerikanern errichtet worden sei und daß man bei der Übernahme dieses Dienstes als Bundesnachrichtendienst den Apparat einfach übernommen habe. Die Pflicht zur Nachprüfung dieses Arguments stellt sich an anderer Stelle.

Bitte keine faulen Ausreden !

Hinsichtlich des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes hat der Deutsche Bundestag die Verpflichtung, die personalpolitische Praxis der Regierung zu untersuchen. Man komme den Demokraten in unserem Staate nicht mit der faulen Ausrede, man sei auf die fachliche Signatur dieser Kräfte angewiesen gewesen. Es gab und gibt genügend fachlich und sachlich orientierte demokratisch zuverlässige Persönlichkeiten in der Bundesrepublik, auf die man hätte zurückgreifen können.

Die Demokratie erträgt es nicht, daß man den Bock zum Gärtner macht. Mit welchem Vertrauen soll die Demokratie die Tätigkeit, beispielsweise des Bundeskriminalamtes, hinnehmen, wenn in seinem Inneren Beamte wirken, die in gleichen Funktionen im Dritten Reich verpflichtet waren, nach dem Grundsatz zu handeln, daß der Zweck die Mittel heilige ? Nicht selten wurde damals bei kriminalpolizeilichen Untersuchungen das "Belastungsmaterial" gleich mitgebracht und dem Untersuchten damit untergeschoben. Wir behaupten nicht, daß ein solcher Fall bis jetzt in der Bundesrepublik nachweisbar erfolgt hat, aber wer als Diener der Diktatur gezwungen war, sich solcher Methoden zu bedienen, tut schon im eigenen Interesse gut daran, sich jeder zwiespältigen Beurteilung durch Verzicht auf Ausübung entsprechender Funktionen zu entziehen.

Rechte und Pflichten des Parlaments

Wächter der Demokratie sind in der Bundesrepublik Deutschland die Träger der Gesetzgebung, die Regierung als Exekutivorgan selbst und die Organe der Rechtspflege. Jeden Richter in Deutschland sieht verfassungsmäßig das Recht zu, ein öffentlich zustande gekommenes Gesetz in Bezug auf seine Verfassungsmäßigkeit durch das Bundesverfassungsgericht nachprüfen zu lassen. Dem Deutschen Bundestag und den einzelnen Abgeordneten steht das Recht zu und erwächst die Pflicht, als Wächter der Demokratie dafür zu sorgen, daß unser Volk Vertrauen zu den Organen des Staates haben kann. Darum muß um nichts anderes geht es.

Wieder "Berliner Luft"

Das reinigende Gewitter

sp - E i n s t i m m i g - also auch mit den Stimmen der oppositionellen CDU - hat das Berliner Abgeordnetenhaus die von Regierenden Bürgermeister Willy Brandt vorgetragene Grundsätze zur Berlin-Politik gebilligt. Der frühere CDU-Bürgermeister A m r e n n , jetzt Oppositionsführer, bestätigte ausdrücklich, daß die Bemühungen, die Mauer durchlässig zu machen, unverändert weitergehen sollen "Trotz aller Rückschläge, die wir bisher zu verzeichnen haben", sollte man auch weiterhin zu wirtschaftlichen Entgegenkommen an die Zone bereit sein.

Diese Erklärung Amrenns und die Zustimmung der CDU zu den Leitsätzen der Berliner Politik des Regierenden Bürgermeisters ist zu begrüßen. Aus welchen Motiven auch immer, scheint sich die Berliner CDU also darauf besonnen zu haben, daß ihr wochenlanges Aufgeregtsein über eine angebliche "weiche Welle" bei den Sozialdemokraten gegenstandslos war. Das ist gut so, denn wenn die CDU auch ihren Mißtrauensentwurf gegen Bürgermeister Albertz aufrecht erhielt, und t r o t z ihrer politischen Zustimmung zu dem Theuren Willy Brandt eisern für ihren Antrag stimmte, so scheinen doch jetzt wieder die notwendigen Voraussetzungen geschaffen worden zu sein, um die gemeinsame Berlin-Politik weiterführen zu können.

Es ist auch gut, daß man im Berliner Abgeordnetenhaus einmal hart diskutierte. Auf diese Weise konnten bestimmte Auffassungen pointierter als bisher herausgearbeitet und vorgetragen werden, wodurch der Sache Berlins durchaus nicht Abbruch getan wurde.

Vielleicht hat die Berliner CDU bei dieser Gelegenheit auch gemerkt, daß es gar nicht so einfach ist, in der Opposition zu sein denn allzu lange glaubte sie wohl offenbar, Opposition bedeute nichts anderes als Schimpfen.

Die Debatte dieser Tage dürfte auch jenseits der Berliner Mauer nicht unbeachtet geblieben sein. Die Bevölkerung des Cottbinder Sektors und der Zone hat sicher den Eindruck gewinnen können, daß ein Parlament durchaus kein Gesangsverein nach dem Muster des Hitlerreiches oder der ostzonalen Volkskammer zu sein braucht. Die demokratische Auseinandersetzung vor aller Öffentlichkeit, eines der Elemente des demokratischen Staates, hat Berlin, der deutschen Sache und der Demokratie nicht geschadet, sondern ihr genützt. Es wäre nur zu wünschen, daß sich die oppositionelle Berliner CDU in Zukunft für ihr vielleicht notwendig erscheinende Auseinandersetzen mit den Regierungsparteien andere Anlässe sucht, als falsch verstandene und bestimmt nicht richtig interpretierte Reden einzelner Sozialdemokraten.

Ende gut - alles gut, könnte man sagen. für Berlin darf es jedoch heißen: wieder "Berliner Luft".

Von der Wirklichkeit widerlegt

Dr. Jaegers Angolabild stimmt nicht

sp - Der Bundestagsvizepräsident Jaeger (CSU) hat nach seinen Aussagen auch in den portugiesischen Besitzungen Angola und Kozambique mit 25 Abgeordneten von CDU, CSU und FDP die Kolonialpolitik des portugiesischen Überseeministers, der die Abgeordneten eingeladen hatte, über den grünen Klee gelobt. Jaeger hat sich damit nicht nur über die Feststellung des Weltsicherheitsrates der Vereinten Nationen hinweggesetzt, Portugal habe in Angola den Weltfrieden bedroht. Er hat seine Erklärungen offenbar auch in Unkenntnis einer Schrift "Angola, eine portugiesische Kolonie" abgegeben, welche das Deutsche Komitee des World University Service nunmehr in Bonn vorgelegt hat. Die in dieser Schrift enthaltene Dokumentation, die sich auf zahlreiche ausgezeichnete Quellen stützt, spricht für sich und ist indirekt eine sehr sachliche Zurechtweisung von Jaeger.

So wird zum Gesundheitswesen, gestützt auf die offiziellen Angaben des portugiesischen Überseeministeriums, aufgeführt, daß es in Angola 1958 auf rund 14.000 Einwohner einen Pfleger und auf rund 21.000 Einwohner nur einen Arzt gab. Wörtlich heißt es: "30 Prozent des Budgets für die Unterstützung der Gesundheit der Bevölkerung werden für die afrikanische Bevölkerung ausgegeben, die 96,6 Prozent der eingeschriebenen Todesfälle stellt. Bei 64 Prozent wird eine unbekante Todesursache verzeichnet".

Ferner wird in der Schrift auf einen Bericht der Weltgesundheitsorganisation verwiesen, wonach in Angola 1958 nur 25 Prozent der Bevölkerung trinkbares Wasser zur Verfügung hatte. Die Folge war, daß die Infektionskrankheiten grassierten und mit 41 Prozent der bekannten Todesursachen den ersten Platz einnahmen. In den Dörfern und Landstädten Angolas mit seinen rund 4,8 Millionen Einwohnern gibt es überhaupt nur für 150.000 Menschen genießbares Wasser.

Ein weiteres Schlaglicht auf die portugiesische Kolonialpolitik wirft eine Angabe des nationalen Statistischen Instituts in Lissabon über das Schulwesen in Angola. Von den 1,53 Millionen Kindern in der Kolonie wurden überhaupt nur 90.000 unterrichtet. Dabei durften rund 1.000 Kinder nur deshalb auf die höheren Schulen gehen, weil sie als sogenannte "assailados" eingestuft worden waren.

Bei diesen "assailados" handelt es sich um einen von der portugiesischen Kolonialverwaltung geschaffenen Status, durch den ein ganz kleiner Teil der eingeborenen Bevölkerung hervorgehoben wird. Nur wer fließend portugiesisch spricht und schreibt, einen Arbeitsplatz mit ausreichendem Einkommen für seine Familie besitzt und sich gut und sitzhaft verhält, kann nach dem Artikel 141 der portugiesischen Verfassung wie ein portugiesischer Bürger als voller Staatsbürger gelten. Rund 98 Prozent der Bevölkerung von Angola "besitzen diesen Status nicht und genießen daher keinerlei politische Rechte".

Auch hinsichtlich der Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen in Angola dürfte es auf die Fakten zu verweisen, die in der Schrift des Weltstudienendienstes angeführt werden. So hat die internationale Arbeitsorganisation im März 1962 festgestellt, daß die Diamanten-Gesellschaft "weiterhin durch die Hilfe der Verwaltungsbehörden, Beamten und afrikanischen Häuptlinge Arbeiter in einer Art und Weise rekrutiert, die an Zwang erinnert und deshalb Zwangsarbeit ermöglicht". Nach dem Untersuchungsbericht der Arbeitsorganisation werden auch von den öffentlichen

Eisenbahnen und Höfen in Angola Arbeitskräfte mit Methoden rekrutiert, die der Unterzeichnung der Konvention zur Vernichtung der Zwangsarbeit widersprechen.

Auch der deutsche Konsul in Luanda hat einiges zum Thema Angola beizutragen. Er hat erklärt, daß die Zeitungen und periodischen Veröffentlichungen in dieser Kolonie zensuriert werden. Er hat zusammenfassend vor sichert: "Zunächst muß betont werden, daß Angola nicht zu den Entwicklungsländern gezählt werden kann, politische wirtschaftlich und verwaltungsmäßig ist es eine Übersceprovinz Portugals".

In dieser portugiesischen Übersceprovinz aber herrschen extreme Kolonialzustände vergangener Zeiten, auch dann, wenn Jaeger meinte, die Portugiesen seien die ersten Menschen gewesen, die in ihrer Doktrin der Gleichberechtigung aller Hautfarben die einzig mögliche Lösung für das Verhältnis der Rassen in Afrika gefunden hätten.

* * *

Südtirol

Gewinner die Extremisten die Oberhand ?

sp - Die Dinge stehen nicht gut in Südtirol. Die Extremisten auf beiden Seiten dominieren das Feld. Der Urteilspruch von Trient hat viele hoffnungsvolle Ansätze zur Verständigung zerschlagen; die Entwicklung wurde auf den Ausgangspunkt zurückgeworfen. Die zwischen Rom und Wien vorgesehenen Verhandlungen auf Regierungsebene mußten verschoben werden; ihnen lag eine Aufforderung der Vereinten Nationen zugrunde, nach einer Basis eines zumutbaren Kompromisses zu suchen. Vielleicht wird sich die UNO noch einmal mit der Lage in Südtirol befassen lassen, gibt sie doch Anlaß zu großer Beunruhigung.

Bei der Verhärtung des Klimas, gekennzeichnet durch Sprengstoffanschläge auf der einen und durch Innachgiebigkeit auf der anderen Seite, läßt sich freilich eine zufriedenstellende Regelung noch nicht absehen. Was den inhaftierten Südtirolern geschah, widerspricht jedem Gerechtigkeitsempfinden und dem Geist der Straßburger Menschenrechtskonvention; die Extremisten des Eisbergbundes wiederum entziehen durch ihre verbrecherischen Anschläge den Verständigungsbereitenden Boden. Daß sich einer von ihnen ausgerechnet der "Deutschen National- und Soldatenzeitung" als Sprachrohr zur Ankündigung neuer Gewaltmaßnahmen bedient, macht die Sache noch schlimmer.

So wird den bedrängten Südtirolern nicht geholfen, es kann ihre Lage nur noch verschlimmern. Die Wiener Regierung, als Anwalt Südtirols, gerät durch solche unerbetene "Schützenhilfe" noch in größere Schwierigkeiten. Die italienische Regierung wiederum brauchte um die Sicherheit ihrer Bürger nicht zu fürchten, würde sie den Südtirolern endlich ein Mindestmaß an Autonomie gewähren. Auf die Dauer wird sie, soll wieder Ruhe einkehren, ohnehin nichts daraus herunkommen.

* * *

In der Zwickmühle

Lange Dauer der finnischen Regierungskrise

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Nesten

Die politische Krise, die durch den Rücktritt der Regierung Karjalains Fimland heimsucht, ist ein neuer Ausdruck einer enormen Frontstellung zwischen Regierung und Opposition. Überall in den nordischen Kommentaren zur Lage in Finnland wird die Binsenwahrheit hervorgehoben: Finnland werde innenpolitisch nicht zur Ruhe kommen solange die sozialdemokratische Partei künstlich aus der Regierungsverantwortung herausgehalten wird. Das ist der wahre Grund dafür, daß der 39-jährige Karjalainen, der jüngste Regierungschef Europas, sein Amt niederlegen mußte nach zwanzig Monaten äußerlicher Ruhe. Leider läßt sich die Aufnahme der sozialdemokratischen Partei in die Regierung nicht denken, solange Kosken durch unwahre Behauptungen es unmöglich macht, eine Generalvereinbarung der innenpolitischen Schwierigkeiten durchzuführen.

Viele haben vor dem Experiment gewarnt, als Karjalainen nach der Parlamentswahl im Februar 1962 die Regierung bildete: eine Regierung die ausschließlich aus nichtsozialistischen Parteien bestand, jedoch mit drei Vertretern des linkssozialistischen Gewerkschaftsbundes FFC als Fachminister. Dadurch hoffte Karjalainen, die "Volksdemokraten" (Deckname für die finnischen Kommunisten) zu neutralisieren. Der Gewerkschaftsbund FFC wird von den linkssozialistischen Simonen-leuten kontrolliert, die wiederum politisch mit den "Volksdemokraten" zusammenarbeiten.

Erstens war es ohnehin eine sehr gewagte Sache, Vertreter des linkssozialistischen Gewerkschaftsbundes in die Regierung aufzunehmen. Zweitens brückierte Karjalainen die vielen Arbeiter, die in dem sozialdemokratisch geführten alten Gewerkschaftsbund IO organisiert sind. Im Riksdag sah es so aus: die Regierung Karjalainen verfügte über eine große Mehrheit von 113 Sitzen (Agrarpartei, konservative Sammlungspartei sowie die finnisch und schwedisch sprechenden Mitglieder der liberalen Partei). Gegen sich hatte die Regierung 87 Abgeordnete (die Sozialdemokraten und die "Volksdemokraten"). Aus ausserpolitischen Gründen mußten die Sozialdemokraten in der Opposition bleiben, aus innenpolitischen Gründen war es unmöglich, die "Volksdemokraten" an die Regierung aufzunehmen. Das ist die bald klassische Zwickmühle der finnischen Politik.

Im kargen Fimland ist die Landwirtschaft, die fast ausschließlich durch Kleinbauern bewirtschaftet wird, von Subventionen abhängig. Die Agrarpartei Karjalains sah sich gezwungen, Erhöhungen der Lebensmittelpreise zugunsten der Kleinbauern anzukündigen. Wer aber sollte zahlen? Die Verbraucher, verlangten die Parteien der Karjalainen-Regierung, der Staat, forderten die drei Linkssozialisten. Als die Karjalainen-Regierung den Vorschlag der Gewerkschaftsvertreter ablehnte, traten diese zurück. Die Simonen-Gewerkschafter wollten nicht den Eindruck entstehen lassen, daß sie weniger als die sozialdemokratische Partei die Interessen der Verbraucher vertreten.

Die Regierungskrise wird wahrscheinlich von langer Dauer sein. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es notwendig sein wird, Neuwahlen auszusprechen, wenn Präsident Kekkonen dies aus ausserpolitischer Staatsräson für richtig erachtet.